



HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend LINKE-Steuerpläne belasten Reiche und bekämpfen Un- gleichheit

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass SPD und Grüne verantwortlich sind für Steuersenkungen in historischem Ausmaß. Besonders unter dem Bundesfinanzminister und ehemaligen Vorsitzenden der SPD Hessen, Hans Eichel, wurden Steuern für Unternehmen, Spitzenverdiener und Erben großer Vermögen unverhältnismäßig gesenkt. Die heute von SPD und Grünen geforderten Steuererhöhungen würden diese Fehlentwicklung nur teilweise ausgleichen.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Hessische Landtag seinen eigenen Spielraum für höhere Steuereinnahmen durch die Anhebung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer im Konsens aller Fraktionen genutzt hat. Auch die Landesregierung muss ihren Spielraum im Bundesrat insbesondere bei der Wiedererhebung der Vermögensteuer nun endlich nutzen.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Steuerpläne der LINKEN nicht den Mittelstand belasten, sondern vor allem Einkommensmillionäre treffen. Durch die Erhöhung der Einkommensteuer käme es nach den Steuerplänen der LINKEN erst zu Mehrbelastungen, wenn das monatliche Bruttoeinkommen 6.466 € übersteigt (Steuerklasse I, unter Abzug von Vorsorgepauschale, Arbeitnehmerfreibetrag, Sonderausgabenpauschbetrag). Es ist davon auszugehen, dass dadurch nur ein sehr kleiner Teil der Steuerpflichtigen mit deutlichen Mehrbelastungen rechnen muss: Nach Daten des Statistischen Bundesamtes hatten 2007 nur etwa 3,6 v.H. der 38,6 Mio. Steuerpflichtigen ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 60.000 €.
4. Der Landtag stellt fest, dass das Ehegattensplitting ungerecht ist und den Staat jährlich mehr als 20 Mrd. € kostet. Das Ehegattensplitting fördert nicht die Familie und das Zusammenleben mit Kindern, sondern Ehen mit ungleich verteilten Einkommen. Der Steuergewinn ist dann am größten, wenn ein sehr hohes Einkommen des einen allein verdienenden Partners auf zwei Personen verteilt wird. Der maximale Splittingvorteil beträgt über 15.600 €. Er wird ab einem zu versteuernden Einkommen von über 500.000 € erzielt.
5. Der Landtag stellt fest, der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sollte sich mindestens an dem orientieren, was in der Geschichte der Bundesrepublik üblich war. So galt zwischen 1958 und 1999 immer ein Spitzensteuersatz von mindestens 53 v.H. Erst unter dem Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) wurde dieser Spitzensteuersatz abgesenkt. Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf nur 49 v.H., wie sie SPD und Grüne fordern, schließt die von ihnen selbst geschaffene Gerechtigkeitslücke nicht.
6. Der Landtag stellt fest, dass eine Verbesserung der Steuergerechtigkeit nicht dazu führen wird, dass mittelständische Betriebe existenziell belastet werden. Gerade die massiven Steuersenkungen für Rei-

che, die von der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 durchgesetzt wurden, wurden besonders von Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen bezahlt, die gleichzeitig Einschnitte bei Rente, Sozialleistungen und der Handlungsfähigkeit des Staates schultern mussten.

Die Belastungen, die durch die Umsetzung der Steuerpläne der LINKEN für Unternehmen entstehen, sind moderat. Gleichzeitig erweitern sie aber die Handlungsfähigkeit des Staates erheblich. Von einer dann möglichen Ausweitung öffentlicher Investitionen wie auch von der Belebung der Binnennachfrage durch die Einführung eines Mindestlohns profitieren besonders mittlere und kleine Unternehmen.

7. Der Landtag stellt fest, dass CDU, SPD, FDP und Grüne die Gerechtigkeitslücke, die durch Steuersenkungen für Reiche seit 1998 geschaffen wurde, nicht schließen wollen. Sie haben kein Interesse daran, dass Reiche mindestens wieder so hohe Steuern zahlen, wie dies noch unter der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl der Fall war. Sie wollen weiterhin nicht, dass Reichtum umverteilt wird und breite Teile der Bevölkerung am Wohlstand der Gesellschaft gerecht beteiligt werden.

Wiesbaden, 21. Mai 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen